

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **36 (1946)**

Heft 39

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

POLITISCHE RUNDSCHAU

Die Langsamkeit

-an- Der amerikanische Humorist Marc Twain berichtet, wie er einem Farmer die Entstehung des berühmten Grand Cañon erklären wollte. Nachdem er dem Manne erläutert hatte, wie viele Jahrtausende es brauchte, bis die Wässer sich die gewaltigen Schluchten ausgefressen hatten, bekam er zur Antwort: «Kein Wunder, in einem Staatsbetrieb!» Man denkt in diesen Tagen oft genug an derlei Witze. Denn das Merkmal nicht nur der staatlichen, sondern ganz allgemein der gesellschaftlichen Entscheidungen und Handlungen ist die Langsamkeit. Ist das Hinterherhinken. Zwar hat's gebessert, aber es müsste noch um vieles bessern. Wer erinnert sich noch, bis zu welchem Grade die Teuerung im ersten Weltkriege bei uns steigen musste, bis die so notwendigen Teuerungszulagen an die Beamten und Angestellten ausgerichtet wurden! Dabei waren die Beamten und die Angestellten der öffentlichen Dienste durchaus nicht die Letzten, die endlich ihre Aufbesserungen bekamen. Die Privatwirtschaft war streckenweise viel langsamer. Die Arbeiterschaft stand noch übler da. Es war die Zeit, da der üble Ruf der untern Beamten entstand, der sich als «Schuldenmacher» klassifizierte. Als ob ihnen etwas anderes übrig geblieben wäre! Es war auch die goldene Zeit der Winkelbanken mit ihren Wucherdarlehen. Dazu darf man nicht vergessen, wie manches Jahr diese Leute an den Folgen ihrer damaligen Misère zu tragen hatten. Und noch eins darf nicht vergessen werden: Wie die damaligen Verhältnisse mit schuld wurden an der Erschütterung der Pensionskassen. Mehr als ein Jahrzehnt ging's, bis die der «Eidgenössischen» endlich wieder ins Blei gekommen.

Es sind diese Dinge, welche im Volke Erbitterung auslösen, sobald irgendwo ein neuer Teuerungsfaktor auftaucht. «Wenn Sie nochmals etwas zugunsten der Teuerung (wie beim Milchpreis) schreiben, werde ich mein B. W.-Abonnement abbestellen», schreibt uns ein Leser. Wir versichern ihm, dass wir ihn verstehen. Aber wir möchten ihm und allen andern Erzürnten sagen, dass wir das Geheimnis einer richtig gelenkten Volkswirtschaft immer und überall im Aufbau, d. h. in einem gleichmässigen Wachsen der Einkommen, sehen, in jedem Abbau aber den Anfang der Krise. Der «Lohn des Bauern» ist nun um den Betrag, den er durch die Teuerung abgebaut gewesen, wieder aufgeholt. Die Löhne der Beamten, Angestellten und Arbeiter «müssten» mit grösster Beschleunigung auf die entsprechende Höhe gebracht werden. Müssten — werden es aber nicht, da die «Maschinerie», gehemmt vom Sande der tausend Bedenken, immer noch viel zu langsam arbeitet. Es ist wahr, dass wir noch von den Volkswirtschaftstheoretikern mit dem billigen Spruch getröstet werden, die Löhne hinkten der Teuerung immer weit hinten nach — und es ist ebensowahr, dass bei den Massegebenden einfach nicht begriffen wird, dass dies nicht ewig so bleiben darf. Und es wird, wenn wir einmal so weit wären, auch eines begriffen werden müssen, was man heute vielfach vergisst: Dass auch die Rentner und Pensionsbezügler «aufgebessert» werden müssten...

Verschiebung der Gesichtspunkte

Auf unserem Boden ist eine Rede gehalten worden, die welthistorische Bedeutung gewinnen wird: Die Rede Churchills vor den Zürcher Studenten «und dem übrigen Publikum». Wir können lange sagen, Churchill sei nicht mehr britischer Premier, und die Londoner Regierung habe ihn desavouiert, als sie erklärte, er habe als «Privat-

mann» gesprochen. Deswegen gilt Winston Churchill, der heute noch unbestrittene Führer der Konservativen, eben doch als der Premier des Krieges und des Sieges über Hitler und Mussolini. Und was er der Welt sagt, wird gehört. Wird sogar deutlicher gehört als manche Meinung, die vielleicht ebensoviel bedeuten würde, hinter der aber keineswegs das Gewicht der gewaltigen Entscheidungen aus der historisch jüngsten Vergangenheit steht.

Churchills Rede hat eine bedeutsame Verschiebung der Gesichtspunkte enthüllt, die für ihn selbst bei Kriegsende massgebend schienen und es auch wirklich waren, und die auch als die Gesichtspunkte sämtlicher Alliierten betrachtet wurden. Sie lassen sich resumieren auf die These, dass Deutschland als Grossmacht ausgeschaltet, für alle Zeiten entwaffnet und auf die Stufe eines mittleren Staates herabgedrückt werden müsse, für keinerlei Schwerindustrie besitzen dürfe, um nicht den Apparat für neue Rüstungen ausbauen zu können. Churchill wirft diese Thesen mit einem kühnen Salto mortale um und fordert Frankreich auf, zu begreifen, dass das Heil Europas einzig und allein in einer Verständigung zwischen ihm und Deutschland zu finden sei. Die «Vereinigten Staaten von Europa» müssten kommen. Im Verbands dieser Vereinigung könne sich Deutschland als Bundesstaat etablieren. Und über dieses neue Europa würden die «Vereinten Nationen» in Freundschaft wachen, damit es gedeihen könne. Selbst Russland, so meint der britische Kämpfer, werde sich als Pate melden dürfen. Das war die weise Tarnung der eigentlichen Bedeutung, die Churchill diesem europäischen Bunde zu denkt: Er soll der Block sein, der sich einem russischen Vordringen gegen den Atlantischen Ozean in den Weg legt. Und zwar «bald» — sagt Churchill. Bald müsse das geschehen. Noch sei das Geheimnis der Atombombe in den Händen einer einzigen Macht, die bestimmt davon keinen Gebrauch zu Angriffszwecken machen würde. Wehe aber, wenn einmal auch andere Mächte über diese Bombe verfügten! Dann dürfte die Gründung der europäischen Union nicht mehr möglich sein — weil — ja, weil sich Russland dagegen wehren, weil es eine solche Organisation als gegen sich gerichtet auffassen müsste. Womit es recht hätte. Soweit kann man die Worte des Premiers von 1945 ergänzen. Das Organ der britischen Kommunisten höhnert auch deutlich genug, dass Churchill die «Gründung des Westblocks im Schutze der Atombombe» empfohlen habe.

Es wird sich nun fragen, ob die Ideen Churchills auf einen fruchtbaren Boden fallen, oder ob sie dem Erwachten gegenteiliger Ideen Vorschub leisten. Vermutlich passiert zweierlei. Oder sogar dreierlei. Und zwar im Westen, nicht aber in Russland. Denn für Stalin gilt unabänderlich das Gesetz des latenten Krieges zwischen «Sozialismus» und «Kapitalismus», und darum die Notwendigkeit, mit allen Kräften zu rüsten für den Fall einer neuen und schlimmen Invasion. Churchills Aufruf bestärkt ihn und die ganze Schule der «Praktiker» von 1917 bis 1941 in der unverändert gleichen Auffassung der Dinge. Es müssten schon ganz andere Dinge geschehen, ehe man von der Theorie, die in der Vergangenheit recht gehabt, für die Zukunft abrücken würde. Für die Moskauer bedeutete es einen nie erwarteten Glücksfall, nur Hitler als Gegner zu haben, die andern «Kapitalisten» aber als Verbündete die Japaner als Neutrale! «So viel Glück», sagen sie sich «werden wir nicht zum zweiten Mal haben». Oder es müssten Wunder geschehen. Es müsste beispielsweise einmal eine Spaltung der «Demokratien» in zwei Lager möglich sein. Lässt sich das aber nicht erzielen, nicht durch die Mittel des Klassenkampfes, nicht durch das Ausspielen

kolonialer Kräfte, nicht durch Diplomatie, dann hat Russland eine noch schwerere Prüfung zu bestehen als zwischen 1941 und 1945. Man muss diese Gedankengänge genau kennen und sich immer aufs neue wiederholen, dass sie das gesamte Handeln der Russen beherrschen. Man muss sich vor Augen halten, dass Stalin in Wahrheit «nicht den Krieg will», wohl aber überzeugt ist, der Krieg sei weit eher möglich als unmöglich. Jeder Fanfarenruf eines Churchill scheint dies zu erhärten. Und darum wird man auch künftig erleben, dass die russischen Diplomaten noch verbissener arbeiten, dass sie noch verschlossener Mienen zeigen werden.

Der Westen aber ist uneinheitlich, wie schon gesagt, und scheint in naher Zukunft unter völlig divergierende Strömungen geraten zu müssen. Es kann zunächst gesagt werden, dass es die offizielle amerikanische Politik ist, welche am nächsten bei Churchills Ideen steht. Im Grunde hat ja schon Byrnes in seiner Stuttgarter Rede in die gleiche Kerbe gehauen. Auch er sah ja das Heil Deutschlands in einem Staatenbunde, und auch er gab allen Deutschen, auch jenen unter russischer Besatzungsmacht, die Hoffnung, sich künftig wieder unter eigenen Regierungen und unter einem «Nationalrat» frei entwickeln zu können. Und was er da von einer Erweiterung der Industriebasis sagte, widerrief die These der industriellen Abrüstung.

Die USA werden zweifellos Zuzug aus den britischen Dominien bekommen. Der südafrikanische Premier Smuts reklamiert ein Deutschland, das sich wirtschaftlich entwickeln könne, im Namen der wirtschaftlichen Gesundung Gesamteuropas. Auch für ihn, wie für Byrnes, kann diese Wiederanerkennung deutscher Lebensansprüche nur so gemeint sein, dass man den Deutschen auch andere Hoffnungen als nur jene auf Russland lassen müsse. Auch er wirbt im Grunde um die Deutschen, nachdem er entdeckt hat, wie schlau die Russen werben. Und noch eines fällt ins Gewicht. Die britischen Dominien werden, gleich wie die USA, sich noch so gern von der Belastung trennen, die mit der Bevormundung Deutschlands verbunden ist. Siehe Besetzungskosten, siehe Kosten für die Versorgung des Landes, das sich selbst nicht helfen kann und dabei hungert.

Die schärfsten Gegner dieses revidierten amerikanischen Kurses sind im Westen zweifellos die Franzosen. Schon seit der Nichtanerkennung seiner Ansprüche auf die Ruhr erlitt das ganze Land einen Schock, soweit es überhaupt von politischem Denken erfasst ist. Und seit man seine Bezüge von deutscher Kohle verkürzt, seit man sowohl auf russischer wie auf britischer Seite, von den Amerikanern ganz abgesehen, erklärt, dass die Deutschen ohne die Ruhrkohle nicht wieder auf die Beine zu bringen wären, schweigt man in Paris infolge einer wahren Konsternation. Man sieht — es ist nichts zu wollen. Frankreich ist auf sich selber angewiesen. Wie nach dem ersten, so werden die Briten und Amerikaner auch nach dem zweiten Weltkriege Frankreichs Sicherheitsansprüche ablehnen und zunächst daran denken, wie man die Deutschen vor dem Chaos bewahren kann. Und nun kommt Churchill, der grosse Gedankenkenner, der mit seinen Rechnungen und Ueberlegungen den andern immer um mehr als nur einen Sprung voraus ist, und rät Frankreich an, sich mit dem «Erbfeind» zu verständigen. Hitler also zu vergessen. Alles zu vergessen, was zwischen 1940 und 1944 war! Nicht umsonst antwortete Paris auf die Rede mit Staunen und Verblüffung, dann aber mit Hohn. Was nachkommt, ist noch abzuwarten. Sollten die Russen ihre Deutschlandpolitik revidieren, sollten sie es aufgeben, über den Grenzwall hinüber auf die andern Zonen zu wirken, dann könnte man das bisher Unmögliche erleben: Das russisch-französische Zusammengehen mit dem Zwecke, Deutschland zu zerreißen. Viel wird übrigens davon abhängen, welches Schicksal dem zweiten

Verfassungsentwurf in Frankreich beschieden sein wird. Gelingt es De Gaulle trotz seiner ungeschickten Gängelungsversuche gegenüber dem MRP, die «Dreiparteienkoalition» zu sprengen und zugleich den Entwurf zu fällen, kommt er als «Retter und starker Mann», dann ist er, nicht der Kommunismus, der Partner Russlands für eine solche Politik!

Zwischen USA, Smuts und Churchills auf der einen, Russland und Frankreich auf der andern Seite sucht die britische Labourregierung unentwegt die Mitte zu halten, um Deutschland «demokratisch zu erziehen», mit Russland ins Einvernehmen zu kommen und seine wirtschaftliche Einheit Deutschlands unter russischer Mitwirkung zu erlangen. Dabei steht sie notgedrungen mit sich selbst im Widerspruch, weil sie in der Verteidigung ihrer Empire-Interessen Russlands direkter Gegner zu sein scheint. Siehe Griechenland und Balkan, siehe Triest und Persien! Es sind die Schwergewichte der Verhältnisse, welche den Engländern geradezu die Rolle der Vorkämpfer Amerikas an den Grenzzonen vis-à-vis von Moskau aufdrängen. Im Gesamtbilde der britischen Politik wir darum die Vermittlerrolle Englands in Deutschlands gar nicht sichtbar. Ja, die Perspektive verzerrt diese Wirklichkeit noch, und scheint vielen Amerikanern zu beweisen, dass USA den Schutz des britischen Empire übernehme und damit Russland provoziere!

Erwachen Gegentendenzen in USA?

Wallace, der sich zum Wortführer der «revidierten Politik gegenüber Russland» gemacht hat, ist auf dringende Vorstellungen des Aussenministers Byrnes als Handelsminister entlassen worden. Man möchte behaupten, dass er das nicht zu bedauern braucht. Und dass er seinen Start ziemlich geschickt gewählt habe. Im November sind Kongresswahlen. Die Demokraten werden, wenn sie unter Führung der Leute um Truman in den Kampf ziehen, einen sehr schweren Stand haben. Roosevelts Ideen sind verlassen worden. Nur der bürokratische Apparat ist geblieben, und den hasst der Durchschnittsamerikaner von ganzer Seele. Wer ihm verspricht, dass dieser Apparat mitsamt allen Schikanen verschwinde, dem wird er stimmen. Und es versteht sich von selber, dass die Republikaner derlei versprechen werden. In Ermangelung eines konstruktiven innenpolitischen Programms muss Mr. Truman demnach mit der aussenpolitischen Parole des starken Mannes gegenüber jeder möglichen Friedensbedrohung fechten.

Es macht nun den Anschein, dass Wallace durchaus nicht allein stehe, dass er vielleicht sogar nur der Exponent einer Bewegung innerhalb der demokratischen Partei sei, welche die Unmöglichkeit eines Wahlkampfes mit rein aussenpolitischen Parolen einsehe. Wallace und sein Anhang, der ganze linke Flügel der Demokraten, würden demnach mit einem konstruktiven innenpolitischen Programm auftreten und zugleich eine Aussenpolitik verlangen, die über Trumans Gesichtspunkte hinausginge.

Das kann zur Spaltung der heute regierenden Partei führen. Vielleicht, um es genauer zu sagen, zur Gründung einer Art «Labour-Party»? Der Trumanflügel würde sich, da er nicht über die Selbständigkeit der britischen Liberalen verfügt, an die Republikaner anlehnen und könnte, je nach der Zügigkeit der Linkspartien, direkt aufgerieben werden. Namentlich dann, wenn diese neue Partei auch die Farmerforderungen zu ihren eigenen machen könnte und würde. Wir wissen nicht, was man von Wallace und seinem «guten Gesicht» halten und erwarten soll. Einem Roosevelt wären so kühne Zugriffe zuzutrauen. Vielleicht auch seinem ehemaligen Vizepräsidenten Wallace? Wenn nicht, dann könnte mit einem republikanischen Sieg in den Kongresswahlen jene Richtung in Amerika obenauf kommen, welche die Russen zu noch härterer Einkapselung veranlassen würde — und zu noch fieberhafterer Spionage und weitem verderblichen Provokationen.

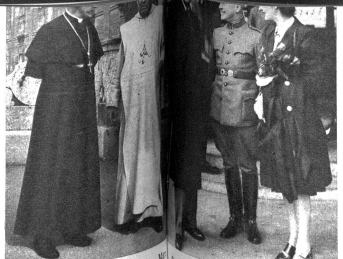


Der dritte schweiz. Frauenkongress in Zürich

Links:
An der unter dem Vorsitz von Mme A. Jeannot-Nicolet, Lausanne, der Präsidentin des Bundes Schweiz. Frauenvereine im auditorium maximum der ETH in Zürich durchgeführten Eröffnungssitzung des dritten Schweizerischen Frauenkongresses waren sämtliche Frauenorganisationen des ganzen Landes vertreten. Im Namen der Zürcher Kantonsregierung hielt Regierungsrat Dr. R. Briner die Eröffnungsansprache ATP



Im Rahmen des in Zürich tagenden dritten Schweizerischen Frauenkongresses fand am Sonntagmorgen in der Peterskirche eine vaterländische Feier statt, an welcher der Chef des Politischen Departementes, Bundesrat Dr. Max Petitpierre das Wort zu einer grossen Rede ergriff. Er skizzierte die Lage der Schweiz in der Welt von heute. Unser Bild nach der Feier in der Peterskirche aufgenommen, zeigt v. l. n. r.: Bundesrat Petitpierre, Frau Dr. Ester-Schweyer, Präsidentin des Arbeitsausschusses des Kongresses, Frau Köhler, Präsidentin des Schweiz. Landfrauenvereins, Frau Dr. Gämnam-Wild, Mitglied des Arbeitsausschusses des Kongresses und Stadtpräsident Dr. Liehinger Photopress



Der Erzbischof von Zagreb, Alois Stepinac (in schwarzem Gewand) und der französische Armeeinspektor, General de Lattre de Tassigny, ist unser Bild zusammen mit dem griechischen Nauticus in Zagreb, der von der «OZNA» der jugoslawischen Geheimpolizei, im Hotel de la Paix während der Prüfung der Hauskapelle verhaftet wurde. Unser Bild zeigt die Ankunft von Oberst Köllter (Zürich) und des Generals Gattin Photopress



Das Eidg. Trachten- und Alphirtenfest in Unspunnen

Die Schweiz Trachtenvereine, die nun auf ein zwanzigjähriges Bestehen zurückblickt, hat das alte Unspunnen-Hirtenfest wieder aufgenommen und dabei eine auf über 40 000 Köpfe zählende Volksmenge um sich zu vereinigen vermocht ATP



Rechts:
Bundesrat Philipp Etter inmitten der Trachtenleute, die ihm ein Geschenk überreichten Photopress



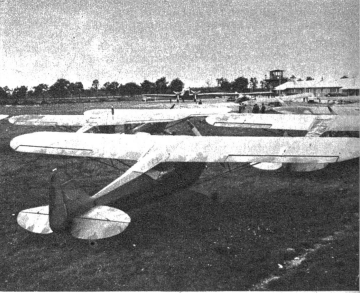
Rechts aussen:
Unser Bild zeigt den Sieger vom Steinrossen mit dem berühmten Unspunnenstein, der 83 kg wiegt. Es ist David Heinzer aus Muthatal, Kt. Schwyz, ein Bergbauer Pressbild Bern



Duzende vollbeladener Flussdampfer liegen mit ihrer zum Teil aus New Orleans in Linie auf dem Mississippi, wegen des Schifferstreiks von ihrer Besatzung verlassen. Es kam sogar zu schweren Zusammenstößen, als durch Zuzug von Flüchtlingen die Fruchteladungen zu überfüllten wurden ATP

Links: Das griechische Volk, welches in einem Plebiszit für die Rückkehr des Königs Georgs aus dem englischen Exil Photopress

Links: Die französischen Zoll- und Passbeamten, die eine wesentliche Rolle bei der Durchsetzung der Abgrenzung in die Tat umgesetzt haben, sind zur feierlichsten Stunde der Abgrenzung in der Grenzstadt von St. Louis an der Grenze bei Basel ATP



Der Rhein ist im Begriff, seine Position als Hauptzubringerlinie der Schweiz wieder zurückzuerobern. Die Basler Rheinschiffahrts AG. hat nun ein in der Strassburger Werft gelegenes Güterboot umbauen und mit einer Sulzer-Dieselmotorkraftanlage versehen lassen. Das nunmehr 76 Meter lange Schiff ist nun das schnellste Rheingüterschiff; es ist in Anwesenheit des Bieler Stadtpräsidenten auf den Namen «Stadt Biel» getauft worden ATP

Oben rechts:

Aus den Beständen der amerikanischen Luftwaffe haben die schweizerischen Sportflieger 50 amerikanische Flugzeuge aufgekauft. Hiervon sind bereits 25 amerikanische Piper-Zweisitzer durch amerikanische Militärpiloten abgeliefert worden. Der Anschaffungspreis dieser Flugzeuge stellt sich auf rund 5200 Franken, wobei nun noch die Kosten für die Revision hinzukommen ATP